

A N F R A G E von Willy Germann (CVP, Winterthur)

betreffend Zielkonflikte bei der Denkmalpflege

Im Juli 2000 unterstützte der Regierungsrat eine benutzerfreundlichere Neugestaltung der Naturwissenschaftlichen Sammlung Winterthur mit einem Beitrag von Fr. 400'000.--. Gestützt auf ein Gutachten der Denkmalpflegekommission, aber im Widerspruch zu einem Gutachten der Natur- und Heimatschutzkommission blockierte die Denkmalpflege das Vorhaben. Dies obwohl die meisten Exponate in den "erhaltenswerten" Vitrinen durch UV-Licht langsam zerstört werden.

Dieser Fall stellt nur eines der Beispiele für Zielkonflikte beim Kulturgüterschutz dar. Immer häufiger prallen Anliegen der Denkmalpflege gegen raumplanerische Anliegen (Siedlungsentwicklung nach innen), gegen finanz- und wirtschaftspolitische Anliegen oder gegen neue Nutzungsbedürfnisse einer sich wandelnden Gesellschaft. Für Private und Gemeinden muss transparent werden, wie der Staat mit solchen Zielkonflikten umgeht.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an:

1. Ist der Regierungsrat im Fall des Natur Museums Winterthur bereit, unverzüglich einem modernen Ausstellungskonzept zum Durchbruch zu verhelfen?
2. Ist der Regierungsrat im Gegenzug gewillt, das Ausstellungsgut unter besseren konservatorischen Bedingungen zu erhalten, die Vitrinen der Eröffnungsausstellung zu deponieren sowie eine Objektdokumentation und eine Aufarbeitung der Sammlungsgeschichte zu verlangen?
3. Ist der Regierungsrat gewillt, eine Praxis zu verfolgen, wonach ein vom Regierungsrat unterstütztes Kulturprojekt nachträglich nicht durch die Denkmalpflege verzögert oder gar blockiert werden kann? Ist der Regierungsrat also bereit, die Denkmalpflege rechtzeitig zur Mitbeurteilung jener Kulturprojekte einzubeziehen, bei denen Schutzobjekte betroffen sind?
4. Ist der Regierungsrat bereit, offen zu Zielkonflikten zwischen Denkmalpflege einerseits und raumplanerisch-ökologischen sowie gesellschaftlich-wirtschaftlichen Anliegen andererseits zu stehen und seine Güterabwägung jeweils transparent darzustellen? Ist er auch bereit, (allenfalls über ein Denkmalpflegekonzept) eine öffentliche Diskussion über Zielkonflikte bei der Denkmalpflege auszulösen? Dies insbesondere bei Objekten und Bauvorhaben im Bereich Bildung (Schulreformen in alten Schulräumen), Industrie (Nutzungseinschränkungen), Verkehr (Verdichtung in Fussdistanz des öffentlichen Verkehrs), Kultur (neue Kulturformen) und Landwirtschaft (multifunktionale Nutzung nicht mehr genutzter Ökonomiegebäude).
5. Ist der Regierungsrat bereit, im Sinne moderner Denkmalpflege auch kühne, zukunftsweisende Bauvorhaben zu ermöglichen und zu fördern, die von künftigen Generationen als beispielhaft und schutzwürdig beurteilt werden können?

Willy Germann